

TOP 10:

Entschließung des Bundesrates zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler

- Antrag des Freistaates Bayern -

Drucksache: 461/18

I. Zum Inhalt der Entschließung

Mit der vorliegenden Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die für Spätaussiedler geltenden rentenrechtlichen Vorgaben zu prüfen, zu bewerten sowie festgestellte etwaige Nachteile im Sinne der sozialen Gerechtigkeit auszugleichen.

Nach Auffassung des antragstellenden Landes mussten Spätaussiedler im Zuge der Deutschen Einheit mit Rücksicht auf die Rentensituation in den neuen Ländern sukzessive Leistungsverschlechterungen nach dem Fremdrentenrecht hinnehmen. Diese Leistungsbeschränkungen hätten sich erheblich auf die Rentenhöhen der Spätaussiedler ausgewirkt.

Die damals getroffenen Einschränkungen für Spätaussiedler hätten im Interesse der sozialen Gerechtigkeit spätestens mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz 2017 insgesamt auf den Prüfstand gestellt und neu bewertet werden müssen.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** empfiehlt die Entschließung zu fassen und insoweit zu ergänzen, dass in die Prüfung auch Möglichkeiten der Verbesserung der rentenrechtlichen Situation von jüdischen Zugewanderten aus Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion einbezogen werden.

Der **Ausschuss für Innere Angelegenheiten** und der **Finanzausschuss** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung unverändert zu fassen.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die **Empfehlungsdrucksache 461/1/18** verwiesen.